

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Stefan Marzischewski-Drewes und Delia Susanne Klages (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
namens der Landesregierung

Gewalt gegen Mediziner und medizinisches Personal

Anfrage der Abgeordneten Stefan Marzischewski-Drewes und Delia Susanne Klages (AfD), eingegangen am 28.05.2025 - Drs. 19/7319,
an die Staatskanzlei übersandt am 02.06.2025

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
namens der Landesregierung vom 17.06.2025

Vorbemerkung der Abgeordneten

Laut einem Beitrag des NDR vom 31. März 2025 hat sich die Ärztekammer Niedersachsen gegen Gewalt in Praxen und Kliniken sowie für einen besseren Schutz der dort Beschäftigten ausgesprochen.

„Für Ärztinnen und Ärzte, Beschäftigte im Rettungsdienst, in Praxen und Krankenhäusern gehöre psychische und physische Gewalt zum beruflichen Alltag, teilte die Ärztekammer Niedersachsen (ÄKN) am Montag mit.“

Daraus ergeben sich u. a. folgende Fragen:

1. Wie viele tätliche Angriffe gegen Ärzte und Mitarbeiter in den Kliniken in Niedersachsen gab es in den Jahren 2021 bis 2024 (bitte jahresweise einzeln auflisten)?

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Auf Nachfrage teilte die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) mit, dass dort ebenfalls keine konkreten Zahlen im Sinne der Fragestellung zur Verfügung stehen.

2. Wie viele Kliniken in Niedersachsen haben Sicherheitsdienste?

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Auf Nachfrage teilte die NKG mit, dass dort ebenfalls keine konkreten Zahlen im Sinne der Fragestellung zur Verfügung stehen.

3. Welche finanziellen Zuwendungen können die Kliniken für Sicherheitskonzepte gegebenenfalls von der Landesregierung in den Jahren 2025 und 2026 erwarten?

Die Landesregierung nimmt die zunehmende Gewalt gegen medizinisches Personal sehr ernst. Im Rahmen eines Anti-Gewalt-Gipfels Ende April 2025 haben sich das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS), die NKG, der Marburger Bund (MB), die Ärztekammer Niedersachsen (ÄKN) sowie die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen (KVN) auf ein Maßnahmenpaket verständigt, das verbale Ausfälle und körperliche Übergriffe in Arztpraxen verringern soll. Geplant ist, mit den anderen Ressorts der Landesregierung eine Bundesratsinitiative für eine Strafverschärfung bei Gewalttaten gegen medizinisches Personal abzustimmen. Darüber hinaus will das Land Informationsmaterialien mit Verhaltensweisen in Gewaltsituationen auflegen und Musterkon-

zepte für Schutzvorkehrungen in Praxen und Kliniken erstellen. Zudem prüft das MS, ob es gegebenenfalls möglich ist, aus den Geldern, die für die Krankenhausreform zur Verfügung stehen, auch bauliche oder technische Sicherheitsmaßnahmen zu finanzieren.